



Stolpersteine vor der Berliner Humboldt-Universität: Dort verhinderten radikale propalästinensische Studierende eine Podiumsdiskussion mit einer israelischen RichterIn.

Foto: Joerg Carstensen/dpa

Der Jude als Feindbild

Der Antisemitismus von links erlebt im Zuge des Gaza-Kriegs eine verstörende Belebung. Dabei kommen Stereotype zum Einsatz, die man eher im rechtsextremen Milieu verorten würde. Wie konnte es dazu kommen?

Von Markus Rieger-Ladich

Im Herbst 2019 lud die britische Labour-Party nach Brighton zu ihrer jährlichen Konferenz ein. Neben vielen anderen Delegierten, die eine Rede hielten, sprach auch Dawn Butler zu den Teilnehmern. Als designierte Ministerin für Frauen und Gleichberechtigung ergriff sie das Wort und bekundete den Opfern von Diskriminierung ihre Solidarität: „Wenn Sie in einer Sozialwohnung leben, wenn Sie LGBT+ sind, wenn Sie hetero sind, wenn Sie Sinti und Roma sind, wenn Sie einen Hid-schab, einen Turban oder ein Kreuz tragen, wenn Sie schwarz, wenn Sie weiß, wenn Sie asiatischer Herkunft sind, wenn Sie gebrechlich sind, wenn Sie nicht in Oxford oder Cambridge studiert haben, wenn Sie zur Arbeiterklasse gehören, wenn Sie unter achtzehn sind, wenn Sie um gesellschaftlichen Aufstieg bemüht sind [...] – dann haben Sie eine Zukunft und verdienen Gleichbehandlung, Würde und Respekt.“

Vieles an dieser Liste ist erklärungsbedürftig – und manches kurios. Augenscheinlich ging es der Schattenministerin darum, eine möglichst vollzählige Aufstellung solcher Personen und Gruppen vorzunehmen, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Marginalisierung betroffen sind. So ehrenwert das Anliegen Butlers war, so fragwürdig ist der Verweis auf die beiden Elite-Universitäten. Sollen tatsächlich all jene, die nicht in Oxford oder Cambridge ein College besucht haben, schon als diskriminiert gelten?

Viel wichtiger als die Frage, wer in Butlers Liste aufgeführt wird, ist jene danach, wer nicht genannt wird. Diese hat David Baddiel, Jude und Comedian, in seinem letzten Buch aufgeworfen. Hier findet sich auch die erwähnte Liste. In „Jews don't count“ geht er der Frage nach, warum bei der Bekundung umfassender Solidarität mit gesellschaftlich Benachteiligten eine Gruppe geflissentlich übersehen wird – die der Jüdinnen

Antisemitismus gibt es fast überall. Doch er bleibt besonders verstörend in linken politischen Bewegungen, die sich der Emanzipation verschrieben haben, und deren Vertreter gerne für sich in Anspruch nehmen, eine moralisch überlegene Position einzunehmen

und Juden. Wie ist zu erklären, dass bei Aufzählungen dieser Art AktivistIn eine große Sensibilität beim Aufspüren neuer Gruppen beweisen, aber jene religiöse Gruppe, die seit mehr als 2000 Jahren wie kaum eine andere verfolgt wird, nicht erwähnen?

Baddiel kleidet seine Erklärung in ein anschauliches Bild: „Es ist ein heiliger Kreis, der um diejenigen herum gezogen wird, für die die progressiven modernen Linken zu kämpfen bereit sind, und es scheint, als stünden die Juden nicht in ihm. Warum nicht?“

Der englische Comedian führt dazu aus, dass „Juden die einzigen Opfer von Rassismus sind, denen von den Rassisten sowohl ein niedriger als auch ein hoher Status beige-messen wird. Juden werden von Rassisten auf die gleiche Weise stereotypisiert wie andere Minderheiten – als verlogen, diebisch, schmutzig, niederträchtig, stinkend –, aber eben auch als vermögend, privilegiert, mächtig, als geheime Herrscher über die Welt.“

Jüdinnen und Juden entziehen sich daher der typischen Täter-Opfer-Unterscheidung: Sie tauchen auf jeder der beiden Seiten auf. Sie sind, in der Logik der Antisemiten, beides: verabscheuungswürdige „Untermenschen“ wie auch die heimlichen „Herren der Menschheit“. Anders formuliert: Jüdinnen und Juden gelten als privilegiert – mithin als vermögend, mächtig und einflussreich. Und eben deshalb bleibt ihnen ein Platz im „heiligen Kreis der Unterdrückten“ verwehrt, deshalb können sie keinen Anspruch auf Beistand erheben.

Die Belege, die Baddiel in seinem Essay anführt, sind erdrückend; sie reichen von Redebeiträgen linker Politiker über Bücher und Karikaturen bis hin zu Memes (humoristische Animationen im Internet), die in aktivistischen Kreisen zirkulieren. Und – sie sind nicht etwa auf linke Splittergruppen der britischen Insel beschränkt. Auch in Teilen der deutschen Linken gibt es einen ausgeprägten Antisemitismus. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass antisemitische Positionen nur hier, im linken Spektrum, vertreten werden. Antisemitismus findet sich in allen gesellschaftlichen Milieus, in sämtlichen Parteien – und wird fraglos auf besonders aggressive Weise in rechtsextremen Kreisen vertreten. Antisemitische Stereotype existieren darüber hinaus auch im Christentum, im Islam und in anderen Weltreligionen. Aber selbst wenn man dies in Rechnung stellt, bleibt der Antisemitismus doch besonders verstörend in linken politischen Bewegungen, die sich der Emanzipation verschrieben haben, und deren Vertreter gerne für sich in Anspruch nehmen, eine moralisch überlegene Position einzunehmen. Wie ist das zu erklären?

Die Bezeichnungen politischer Parteien und Bewegungen als „links“ und „rechts“ verdankt sich der Sitzordnung der französischen Nationalversammlung. Nach der Revolution von 1789 saßen auf der rechten Seite mit den Aristokraten die konservativen Kräfte, mithin jene, die am Erhalt der herrschenden Ordnung interessiert waren. Ihnen gegenüber, auf der linken Seite, saßen die demokratischen Kräfte, die sich für den Abbau von Privilegien starkmachten und für die Überwindung des Status quo. Dieses Selbstverständnis prägt linke Bewegungen und Parteien noch heute: Links zu sein be-

deutet, an der Seite der Unterdrückten und Entrechteten zu stehen und jede gesellschaftliche Ordnung zu bekämpfen, die diesen die Anerkennung als Gleiche vorenthält. Eine linke politische Gesinnung ist grundsätzlich herrschaftskritisch; ihre Vertreter setzen sich dafür ein, die schlechte Gegenwart auf eine bessere Zukunft hin zu überschreiten. Darin sind (bzw. waren) sich so unterschiedliche Denker wie der polnische Marxist Leszek Kolakowski, der französische Philosoph Gilles Deleuze und der deutsche Soziologe Stephan Lessenich einig.

Im Deutschland der Nachkriegszeit war die Shoah für linke Bewegungen zunächst eine zentrale Bezugsgröße. Sie traten der Politik des Verdrängens, die für die 1950er und die 1960er Jahre typisch war, entgegen und drängten auf die kritische Aufarbeitung der Verbrechen des Naziregimes. Und sie waren maßgeblich an der Etablierung einer Erinnerungskultur beteiligt, setzten sich aktiv für die Aussöhnung ein. Nicht wenige Linke reisten in jener Zeit wiederholt nach Israel – besuchten Kibbuzim, arbeiteten dort zuweilen mit und bewiesen praktische Solidarität mit den Opfern der Shoah. An der Seite Israels zu stehen und den intellektuellen wie auch persönlichen Austausch zu suchen war damals für viele linke Gruppierungen eine Selbstverständlichkeit.

Warum Ende der 1960er Teile der deutschen Linken mit dieser Tradition brachen und auf Distanz zu Israel gingen, hat Jan Riebe, Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung, auf erhellende Weise rekonstruiert. Als Zäsur gilt ihm der Sechstagekrieg: Israel führte im Sommer 1967 einen Präventivkrieg gegen Ägypten, Jordanien und Syrien, besiegte in nur wenigen Tagen deren Armeen, erwies sich damit als wehrhafte Nation – oder entpuppte sich, aus der Perspektive linker Gruppierungen, als Aggressor, als gefährliche Militärmacht, die an der Seite der verhassten USA standen. Israel, das kurz zuvor noch als Heimstatt verfolgter Juden galt, als Zusicherung des Schutzes vor Verfolgung, wurde nun als Land der Täter wahrgenommen, als Verkörperung imperialistischer Bestrebungen.

In der Folge kündigten viele linke Bewegungen nicht nur ihre Solidarität mit dem Staat Israel auf; es brach sich auch in manchen Szenen ein Hass gegenüber Juden und Jüdinnen Bahn, der einen noch heute schaudern lässt. Was sich hier zeigt, ist eine Täter-Opfer-Umkehr, die in rechtsextremen Kreisen weitverbreitet ist, die aber eben auch in manchen linken Gruppen betrieben wird. Weil viele 68er Israel als imperialistischen Staat betrachteten, galt nun alles Mitgefühl den Palästinensern. Sie nahmen den Platz ein, den zuvor die Juden innegehabt hatten: Wer sich den Entrechteten und Verfolgten, den Unterdrückten und Marginalisierten so-

lidarisch erweisen wollte, stand nun an der Seite Palästinas.

Wie widersprüchlich und innerlich zerrissen manche Linkgruppen in jener Zeit waren, wird deutlich in einer Resolution, die dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund anlässlich einer Delegiertenkonferenz im September 1967 vorlag. Hier wurden zwar antisemitische Tendenzen in der arabischen Kriegspropaganda kritisiert, aber zugleich wurde dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen – und dieser als „Brückenkopf des Imperialismus“

diffamiert, als Brutstätte „zionistischer Kolonisierung“. Es war Rudi Dutschke zu verdanken, so Jan Riebe, dass der Text letztlich doch nicht verabschiedet wurde: Der prominente Vertreter der Studentenbewegung fühlte sich aufgrund seiner christlichen Überzeugungen immer noch dem Staat Israel verbunden.

Bedenkt man, dass in den 1990ern innerhalb linker Gruppen eine kritische Aufarbeitung des Antisemitismus in den eigenen Reihen einsetzte, ist es umso schmerzlicher, dass es seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 zu einem Déjà-vu kommt: Erneut werden antisemitische Stereotype und herabwürdigende Denkfiguren verbreitet. Die Rede von Israel als einem „Apartheitsstaat“, der den „Genozid“ an den Palästinensern zu verantworten habe, klingt wie ein Echo lange zurückliegender Kampagnen und ist augenscheinlich nicht allein im akademischen Feld weithin anschlussfähig, sondern auch in Kreisen des (Pop-)Kultur – in der Kunst-, Film- und Theaterszene sowie in der Clubszene wie auch in Teilen der queeren Community.

Von einer linken Selbstkritik, wie sie in der Vergangenheit durchaus immer wieder betrieben wurde, ist derzeit leider nur wenig zu hören. Es gibt sie, ohne Frage. Aber ungleich lauter sind jene, die den Slogan „From the River to the Sea“ anstimmen und damit erneut dem Staat Israel das Existenzrecht absprechen. Der Aussöhnung zwischen Juden und Palästinensern sind solche „Solidaritätsbekundungen“ kaum förderlich. Viel zu selten verschaffen sich jene Gehör, die sich für die ungeteilte Solidarität aussprechen und die Opfer auf beiden Seiten betauern. Und die dazu einladen, gemeinsam über einen Ausweg aus der Spirale der Gewalt nachzudenken.

➔ Markus Rieger-Ladich lehrt Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Tübingen.